

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 72 A

BERLIN • Freitag, den 25. März 1932

1. JAHRGANG

„Osterfrieden“!

18 Zeitungsverbote an einem Tag.

Allein während des Mittwoch wurden 18 neue Zeitungsverbote gemeldet. Meist handelt es sich um NS-Zeitungen, die Erklärungen HITLERS zu der preußischen Polizeiaktion gebracht haben.

Die „Rote Fahne“ ist für fünf Tage, die Münchener „Neue Zeitung“ (KP) für eine Woche verboten worden.

Reichsinnenministerium gegen Klagges.

p Braunschweig, 23. März.

Das vom braunschweigischen Innenminister KLAGGES auf vier Wochen ausgesprochene Verbot des sozialdemokratischen „Volksfreund“ wurde nach einer telegraphischen Anweisung des Reichsinnenministers auf fünf Tage abgekürzt, so daß die Zeitung ab heute wieder erscheint.

Es ist bereits mehrmals vorgekommen, daß KLAGGES' widerrechtlich erlassene Verbote aufgehoben wurden. Er aber bleibt bei seiner Methode. Eine Frage an Juristen: ist mit diesem Verhalten nicht der Tatbestand des Amtsmissbrauchs gegeben?

Was Klagges duldet. Terror in Braunschweig.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt folgenden Ausschnitt aus der täglichen Chronik des Landes Braunschweig. Die Angaben sind durch eidesstattliche Erklärungen beglaubigt:

Am 11. März, nachts um ¼12 Uhr, wurde auf den Konsumverein in Kreiensen ein Überfall von Nationalsozialisten verübt, der Konsumvereinsverwalter und sein Sohn niedergeschlagen und eine große Anzahl Fensterscheiben zertrümmert. Es gelang, die Täter in der in Kreiensen befindlichen SS-Schule festzustellen.

Am 18. März wurde am Nachmittag zwischen 3 und ¼4 Uhr ein Arbeiter von mehreren Nationalsozialisten überfallen. Er erhielt zwei Stichwunden am rechten Arm und mußte in ärztliche Behandlung genommen werden.

Am 16. März, gegen ¼11 Uhr abends, drangen 150 Nationalsozialisten in die Friesenstraße, eine Arbeiterstraße Braunschweigs, ein. Sie verjagten die Passanten von der Straße, warfen mit Steinen Fenster ein und gaben Schüsse ab. Rufe wie: „Fenster zu, sonst wird geschossen“, „Kommt raus, ihr roten Hunde“, „Heil HITLER“ und „Deutschland erwache“ ertönten.

Am 14. März versuchten Nationalsozialisten einen Überfall auf den Wächter des „Volksfreund“-Gebäudes. Sie wiederholten ihr Vorhaben am nächsten Abend. Bei diesem zweiten Überfall wurde ein Passant blutig geschlagen, und nur durch das plötzliche Eingreifen von Polizei gelang es, ihn davor zu bewahren, im „Nazi-Überfallauto“ mitgeschleppt zu werden.

In Kreiensen haben sich die Belästigungen von nächtlichen Passanten durch die Leute der dortigen SS-Schule so gehäuft, daß die Eisenbahn-Beamten, die vielfach nachts zum Dienst gehen müssen, bereits eine Beschwerde an die Eisenbahn-Direktion Kassel eingereicht haben.

NS-Ostertagung in Braunschweig.

Reichsinnenministerium greift ein.

h Berlin, 23. März.

Das Reichsinnenministerium hat am Mittwoch vormittag telegraphisch die braunschweigische Regierung um Aufklärung über die beabsichtigte Tagung gebeten. Wie von seiten des Reichsinnenministeriums erklärt wird, kann nach den Pressemeldungen über die Tagung (es sollen Eintrittskarten zu der Kundgebung zu verkaufen sein) von einer geschlossenen Versammlung nicht die Rede sein. Es handelt sich um die für den Ostersonntag-Abend angesetzte Kundgebung in der Stadthalle, auf der HITLER sprechen sollte, und zu der angeblich nur Mitglieder der HITLER-Jugend und der NSDAP Zutritt haben sollen.

Klagges lenkt ein.

Was ist eine öffentliche Versammlung.

b Braunschweig, 23. März.

Innenminister KLAGGES erklärt dem Vertreter der Telegraphen-Union, er habe das Reichsinnenministerium um eine präzise „Auslegung“ der Frage, was als geschlossene und

was als öffentliche Versammlung anzusehen sei, gebeten. Das Reichsinnenministerium habe geantwortet, eine präzise „Auslegung“ dieser Frage sei bei der Verschiedenartigkeit der Versammlungen nicht gut möglich. Das Reichsinnenministerium sehe jedoch die für Ostersonntag vorgesehene Versammlung als öffentlich an. Wenn das Reichsinnenministerium an dieser Ansicht festhalte — erklärte KLAGGES, so werde er die Versammlung nicht zulassen. Er selber stehe auf dem Standpunkt, daß die Versammlung nicht öffentlich sei. Er könne jedoch praktisch gegen die Ansicht des Reichsinnenministeriums nichts tun. Es bestehe noch die Möglichkeit, die Versammlung in abgeänderter Form als geschlossene Kundgebung zu veranstalten.

Das Recht der Sprache.

Die Behörden hantieren, wie auch wir erfahren haben, sehr willkürlich mit dem Begriff „öffentliche Versammlung“. Es ist also berechtigt, an GROENER die Frage zu stellen, was eine öffentliche und was eine geschlossene Versammlung ist. Diese Frage bedarf, da sie präzise ist, keiner „Auslegung“, sondern einer „Beantwortung“. Die Ablehnung einer präzisen Antwort bedeutet, daß die an öffentlichen Versammlungen interessierten Staatsbürger der Willkür, bestenfalls der Meinung, von Beamten ausgeliefert werden. Daß die gesetzlichen Bestimmungen präzise sind, daß sie also überhaupt etwas bestimmen (im strengen Sinne), das ist eine rechtliche Anforderung, die bereits besteht, wenn man von dem Inhalt der gesetzlichen Bestimmungen noch ganz absieht.

Der „Abend“ teilt übrigens eine auf Reichsgerichtsentscheidungen gegründete Bestimmung des Begriffs der öffentlichen Versammlung mit. Auf diese Reichsgerichtsentscheidungen stütze sich das Reichsinnenministerium.

„Danach kann eine Veranstaltung nicht als geschlossen angesehen werden, wenn der Personenkreis der Teilnehmer unbestimmt ist und wenn wechselseitige persönliche Beziehungen zwischen den Anwesenden nicht vorliegen.“

Diese Antwort ist nun in der Tat der „Auslegung“ bedürftig: sie ist keineswegs präzise. Denn was heißt: „der Personenkreis der Teilnehmer ist unbestimmt?“ Und was sind „persönliche Beziehungen“?

Solche Bestimmungen sind Kautschuk in der Hand der Willkür. Hier zeigt sich die große Bedeutung, die einer klaren, eindeutigen Sprache in der Gesetzgebung zukommt. Eine Gesetzgebung, die dieser Forderung nicht genügt, kann nicht den Anspruch erheben, eine rechtliche Ordnung festzulegen.

Wieder NS-Spitzelei in der Polizei.

o Oberhausen, 23. März.

Wie das Polizeipräsidium Oberhausen auf Anfrage mitteilt, hat ein Polizeiinspektor des Polizeipräsidiums den NS bei der Aufstellung einer Liste über die politische Stellung der Beamten des Polizeipräsidiums geholfen. In der Liste war vermerkt, ob der betreffende Beamte im Falle der Machtübernahme der NS entlassen werden solle, oder ob er bleiben könne.

Organisator dieser Liste war ein Oberhausener Stadtssekretär und SA-Führer. Man fand das Material, als man gelegentlich der SEVERING-Aktion auch bei den beiden genannten Beamten Haussuchung machte.

Hitler protestiert — und klagt selbst gegen Groener.

v München, 23. März.

HITLER hat telegraphisch beim Reichsinnenminister GROENER gegen die Zeitungsverbote protestiert.

Reichstagsabgeordneter FRANK II hat als Rechtsvertreter der NSDAP Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich erhoben wegen des Verbotes des Reichsinnenministers, HITLER als Präsidentschaftskandidaten den Rundfunk in der gleichen Weise zur Verfügung zu stellen, wie dem Reichspräsidenten von HINDENBURG.

Mit dem Reichswehrminister allerdings lebt HITLER bisher noch in ungetrübtem Einvernehmen.

Zuwachs für die „Arbeiterpartei“.

h Berlin, 23. März.

CARL EDUARD, Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, RÖDIGER Graf v. D. GOLTZ und Admiral VON SCHROEDER veröffentlichten einen Aufruf für die Wahl HITLERS im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl.

AUS DEM INHALT:

Englisches Einreiseverbot für Barbusse.

Brand im Königsberger Opernhaus.

„Zündstoff“.

Robert Koch.

Weh' dem, der eine Persönlichkeit ist.

Zeltlager am Edersee.

Warum wurde bisher nicht mehr gesiedelt?

Arbeiterpresse über die Krise.

Reformismus

im englischen Bergarbeiterverband.

Von William Bennett.

In einem Aufsatz über das neue Programm des englischen Bergarbeiterverbandes (MFGB, Miners' Federation of Great Britain) hat ALLAN FLANDERS dargelegt, daß die Beseitigung der Konkurrenz im Bergbau die Lage der Arbeiter nicht bessern wird. Er zeigte auch, daß die Durchführung der Forderungen der MFGB die Weltwirtschaftskrise und die Krise im englischen Bergbau weiter verschärfen würde.

Das Vertrauen fehlt!

Die Vorschläge, die Verkaufspreise für Kohle national zu regeln, die Kohlenausfuhr durch eine Umlage auf geförderte Kohle zu subventionieren und die Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Zwangskartelle im Kohlenbergbau, sind vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes gemacht worden. Das heißt nicht, daß die gesamte Mitgliedschaft des Verbandes sich über diese Politik einig ist. Seit 1929, als über die Aufhebung des Sieben-Stunden-Tages debattiert wurde, sind die Bezirksverbände nicht mehr über Fragen des Programms der Föderation der englischen Bergarbeiterverbände zu Rate gezogen worden. Wenn die Gewerkschaftsbeamten Vertrauen zu der Mitgliedschaft und diese absolutes Vertrauen zu ihren selbstgewählten Führern hätten, brauchte ein auf diese Art zustandegebrachtes Programm nicht gefährlich zu sein. Aber besteht dieses Vertrauen?

Seit 1926, als die Bergarbeiter, geführt von Cook, einen Kampf begannen, der sieben Monate dauerte und mit einem Mißerfolg endete, neigen die Gewerkschaftsführer dazu, die Kampfkraft der Arbeiter gering einzuschätzen. Seit dieser Zeit bemüht man sich, den Streik als Waffe der Gewerkschaften zum Klassenkampf beiseite zu schieben, und lieber Verhandlungen zu führen. Die Parole: „Setzen wir uns um den Tisch, um uns zu einigen“, hat ernste Folgen gehabt. Wenn man einen bekannten Führer der Bergarbeiter auf der Neujahrsehrenliste sieht (auf der diejenigen stehen, die vom König geadelt werden), oder wenn solche Führer in Ausschüssen sitzen, wo sie ein Jahresgehalt von 735 Pfund beziehen (auf der Goldbasis: 14 700 Mark), so überrascht es nicht, wenn Kollegen mißtrauisch werden, und zumindest das Interesse an der Gewerkschaftsarbeit verlieren, ja sogar aus dem Verband austreten.

Es ist jedoch nicht zu bestreiten, daß die Gewerkschaften, besonders der Bergarbeiter-Verband, heute in England in einer sehr schwierigen Lage sind. Die MFGB war durch die hohe Arbeitslosigkeit im Bergbau gezwungen, zur Verteidigung überzugehen. Nichtsdestoweniger ist es unnötig, wenn man sich im Krieg schon auf die Verteidigung beschränken muß, in das Feld des Gegners zu gehen, um mit ihm zu verhandeln, wie weit man beim nächsten Stoß zurückweichen wird. Genau so ist aber die Politik der MFGB seit 1926. Ich denke, es wäre besser gewesen, die militärische Taktik anzuwenden und keinen Schritt ohne Kampf zurückzugehen. Dadurch wäre die Interesslosigkeit und Passivität, die im Verband entstanden ist, verhindert und das Vertrauen der Mitglieder zu den Führern bewahrt worden. Das zeigt sich schon daran, wie Cook von den Arbeitern geliebt wurde wegen des Kampfes, den

er 1926 durchgeführt hat, obwohl er fehlschlug; denn es ging dadurch gewiß auch nicht mehr verloren als bei der Verhandlungsmethode verloren gegangen wäre. Ich glaube, daß der Reformismus deshalb gesiegt hat, weil die Gewerkschaftsführer das Vertrauen zu den Gewerkschaftsmitgliedern verloren haben. Deshalb haben die Mitglieder wiederum das Vertrauen zu den Führern verloren.

In dieser Lage hat der Vorstand der MFGB der Regierung seine Forderungen unterbreitet. Wenn die Regierung sich weigert diese zu befolgen, wird der Vorstand der MFGB seine Mitglieder zum Kampf für ein Programm aufrufen müssen, das diese noch nicht einmal die Möglichkeit hatten zu diskutieren. Vielleicht das Schlimmste, was gegen die Vorschläge von vornherein gesagt werden kann, ist jedoch die Tatsache, daß die Regierung sie zum größten Teil ohne Schwierigkeit annehmen kann. Die meisten Grubenbesitzer sind für die Zwangskartelle, und diese stehen in einer Linie mit der Zoll- und Kontingentierungspolitik der Regierung. Aber selbst in diesem Fall, wo also der Kampf um ein Programm, von dessen Richtigkeit die Mitgliedschaft nicht überzeugt ist, vermieden wird, haben wir vor uns ein Jahr, in dem jeder Kampf um ein Programm wegfällt.

Es wird schwer sein, auf diese Art das Interesse der Kollegen an der Gewerkschaftsarbeit aufrechtzuerhalten. Die Teilnahme von Gewerkschaftsführern an der Leitung der Kartelle wird diese Führer in den Augen der Arbeiter nicht vertrauenswürdiger machen. Sie werden sehen, daß die Führer ihre Zeit mit Diskussionen verschwenden, die für den Verband keinen Wert haben, während wichtige Reformen in den Gewerkschaften selber vernachlässigt werden. Eine dieser wichtigen Reformen ist z. B. die Umorganisation der MFGB von einer losen Föderation der Bezirksverbände zu einem großen leistungsfähigeren Bergarbeiterverband für Großbritannien.

Die MFGB ist heute in ihrer Kampfkraft geschwächt. Sie befindet sich in einer Krise, die auf dem Mangel an gegenwärtigem Vertrauen beruht. Die Veröffentlichung des neuen Programms hat diese Krise noch vertieft.

Solidarität des Proletariats.

Am gefährlichsten ist die Wirkung des Programms der MFGB jedoch auf Arbeiter, die in anderen Industrien als dem Bergbau beschäftigt sind und auf Arbeiter in anderen Ländern.

Der Versuch, den englischen Bergarbeitern durch Erhöhung der Kohlenpreise bessere Löhne zu verschaffen (abgesehen davon, daß wahrscheinlich in der Praxis die Kohlenpreise heraufgesetzt werden, während die Löhne unten bleiben), ist ein Versuch, die Lebensbedingungen der Bergarbeiter zu bessern auf Kosten der übrigen englischen Arbeiter, deren Real-löhne sinken. Trotz der Tatsache, daß der Trade Union Congress (TUC, wie der ADGB in Deutschland) dieses Programm anerkannt hat, wird die Unzufriedenheit der Arbeiter in anderen Industrien zweifellos zunehmen, wenn sie sehen, daß sie die Bergarbeiter mit ihren sowieso niedrigen Löhnen noch unterstützen müssen. Das wäre ein Schlag gegen die Einigkeit der Arbeiter und würde eine Kluft schaffen zwischen den Bergarbeitern und ihren Kollegen in anderen Industrien.

Noch wichtiger ist die Wirkung der Subventionierung der englischen Kohlenausfuhr auf die internationale Solidarität der Arbeiter. Die Forderung der MFGB kommt doch zu nichts anderem, als daß englische Arbeiter einen höheren Preis für Kohle zahlen sollen, um es englischen Bergarbeitern zu ermöglichen, pol-

nischen und deutschen Kollegen die Arbeit fortzunehmen.

Wir können uns die Antwort der ausländischen Grubenbesitzer ja vorstellen. Da sie durch Dumping englischer Kohle ihrer Märkte beraubt werden, werden sie versuchen, bei ihren Arbeitern Lohnkrützungen durchzusetzen; die Zollmauern werden erhöht werden, um die Einfuhr zu verringern. Die große Gefahr liegt darin, daß die Arbeiter in anderen Ländern, durch den Mangel an Solidarität seitens der englischen Arbeiter verärgert, die Kapitalisten bei der Forderung von Gegenmaßnahmen unterstützen werden. Dann stünden Arbeiter und Kapitalisten eines Landes im gemeinsamen Kampf gegen Arbeiter und Kapitalisten eines anderen Landes im Kampf um Märkte. Welch gefährliche Ähnlichkeit mit 1914—1918!

Abzug der Japaner beabsichtigt?

5 Shanghai, 21. März.
Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die japanische Regierung die Absicht, die Truppen aus Shanghai sofort zurückzuziehen, ohne irgend welche Verhandlungsergebnisse abzuwarten. Japanische Truppen für einen hinreichenden Schutz der Niederlassung sollen jedoch in Shanghai verbleiben.

Offenbar will man von chinesischer Seite abwarten, was aus diesen Absichten wird, denn die für Mittwoch angesetzte japanisch-chinesische Vermittlungsbesprechung ist vorläufig auf Donnerstag verschoben worden. Der Oberbefehlshaber der 19. chinesischen Armee soll sich geweigert haben, an der Besprechung teilzunehmen, weil auf japanischer Seite der kommandierende General SCHIROKAWA nicht persönlich teilnehmen wolle, sondern sich vertreten lasse. Wie unterrichtete Kreise verlauten lassen, sind die chinesischen Militärbehörden nach wie vor allen Verhandlungen abgeneigt, bevor die Japaner ihre sämtlichen Truppen nicht nach der internationalen Niederlassung zurückgezogen haben.

Von chinesischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Japaner jetzt noch öfter Bombenflüge über Hangtsehu und Sutschau ausführen.

Verhaftungen in der Tschechoslowakei.

Faschisten und Kommunisten verhaftet.

Prag, 23. März.
Die tschechische Polizei überwacht außer den nationalsozialistischen Verbänden auch tschechisch-faschistische Verbände, sowie kommunistische Organisationen scharf. Es kam zu verschiedenen Verhaftungen von Faschisten und Kommunisten. U. a. wurde die IAH in Prag behördlich aufgelöst, angeblich weil sie die Not in Karpatho-Rußland zu kommunistischer Propaganda ausgenutzt habe.

Englisches Einreiseverbot für Barbussen.

London, 23. März.
Das englische Innenministerium hat die Behörden in den Kanalhäfen angewiesen, BARBUSSE, und MÜNZENBERG, die zu einer Versammlung der IAH nach London kommen wollten, die Einreise zu verweigern.

Thomas gegen Valeras Vorstoß. England fordert den Treueid.

Nach eingehenden Besprechungen mit dem englischen König und dem Kabinett gab der Dominions-Minister THOMAS am Mittwochnachmittag vor dem Unterhaus eine Regierungserklärung ab, die sich mit der irischen Frage befaßt. Er teilte mit, daß das englische Kabinett eine Mitteilungsanfrage an die irische Regierung über die Frage des Treueides ausgearbeitet habe, in der der Standpunkt Englands eindeutig klargestellt werde. Der Treueid sei ein untrennbarer Teil des englisch-irischen Vertrages, der vor zehn Jahren abgeschlossen und auf beiden Seiten ehrenhaft befolgt worden sei. Eine Einstellung der jährlichen Entschädigungszahlung an England würde eine

Der Schlag, den die Veröffentlichung des Programms der MFGB für die internationale Solidarität der Arbeiter bedeuten kann, ist jedoch nicht unvermeidlich. Wie schon erwähnt, sind die Forderungen der MFGB keineswegs im Namen der englischen Arbeiter aufgestellt worden, und man kann nicht ohne weiteres annehmen, daß derselbe nationalistische Geist, der in den Führern lebt, auch bei den Massen vorhanden ist. Auf Grund meiner eigenen Erfahrung bin ich sogar davon überzeugt, daß unter den Bergarbeitern verschiedener Länder noch ein starkes Gefühl internationaler Solidarität herrscht. Während der kommenden Monate ist es unsere Aufgabe, zu verhindern, daß diese Solidarität zerstört wird.

offene Verletzung eines rechtlich einwandfreien Abkommens sein, ganz gleich, was für eine Regierung in Irland an der Macht sei. Ueber die Stellungnahme der englischen Regierung könne kein Zweifel bestehen. Ein in Ehren abgeschlossenes Abkommen dürfe nur durch eine von beiden Vertragsparteiern gebilligte Verabredung abgeändert werden.

Anschließend an die Erklärung des Ministers THOMAS über Irland fragte ein Arbeiterabgeordneter, warum nicht zunächst mit der irischen Regierung freundschaftliche Verhandlungen über die Streitfragen stattfinden. Ein konservativer Abgeordneter bemerkte, Irland habe kein Verlangen nach Verhandlungen zum Ausdruck gebracht. Minister THOMAS erklärte darauf erneut, es handle sich bei dem Vorgehen Irlands um eine einseitige Verletzung eines Abkommens. Darauf riefen mehrere Arbeiterabgeordnete, das sei eine Kriegserklärung. Der irische Oberkommissar übermittelte die Erklärung THOMAS sofort telephonisch nach Dublin.

Antwort auf die deutschen Zollerhöhungen.

Australien wehrt sich.

Sydney, 23. März.
Der australische Ministerpräsident gab am Mittwoch in Sydney eine Erklärung über die Steuer- und Zollpolitik der neuen australischen Regierung ab. Er kam dabei auch auf die deutschen Zollmaßnahmen zu sprechen und sagte, man könne auf Einschränkungsbestimmungen nur mit Wiedervergeltung antworten. Der australische Wechselkurs werde, wenn irgend möglich, auf einer solchen Höhe gehalten werden, daß die Rohmaterial-Produzenten günstige Ausfuhrbedingungen erzielen könnten.

Brand im Königsberger Opernhaus.

Während der Aufführung der „Drei Musketiere“ brach am Mittwochabend im Königsberger Opernhaus Feuer aus. Der Zuschauerraum war gut besetzt. Das Publikum bewahrte jedoch völlige Ruhe, als mitgeteilt wurde, daß ein Brand ausgebrochen sei. Während die Oper in aller Ruhe geräumt wurde und der eiserne Vorhang fiel, schlugen die hellen Flammen aus dem Dachstuhl des Bühnengebäudes. Die Feuerwehr rückte sehr schnell an und nahm kurz vor 22 Uhr die Löscharbeiten auf. Wie es heißt, hat ein Scheinwerfer den Brand verursacht. Personen scheinen nicht zu Schaden gekommen zu sein.

Königsberg, 24. März.

Zu dem Brand im Königsberger Opernhaus teilt die Feuerwehr mit, daß in den Garderobenräumen wertvolle Garderobestücke verbrannt sind. Der Bühnenraum ist nicht beschädigt worden, so daß der Opernbetrieb ohne Unterbrechung schon am Donnerstag wieder aufgenommen werden kann. Das Feuer ist vollkommen gelöscht worden.

Hamburger Bürgerschaft aufgelöst.

Die Hamburger Bürgerschaft hat einen nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft mit den Stimmen aller 148 anwesenden Abgeordneten angenommen. Der Termin für die Neuwahl wird, wie in der Verfassung vorgesehen, vom Senat bestimmt werden.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(71. Fortsetzung.)

Das ist Kampfansage bis aufs Blut! Wenn jetzt die roten Massen Europas sich in Bewegung setzen auf Geheiß dieses Teufels! In Polen schlagen schon die roten Flammen überall hoch! Dahinter rüsten die Russen! Ah! Hatte der verwünschte Deutsche recht gehabt? Wie hatte er gounkt...? ... die Rote Armee ist kein Instrument für die Bündnispolitik kapitalistischer Mächte... Hatte deshalb der russische Botschafter heute nachmittag so lächerliche Mundwinkel gehabt? — Deutschland, Mitteleuropa krank, ohne Widerstand! Wenn jetzt Brandt in Paris die Macht ergreift! Sowjet-Frankreich! Der Pestherd, der sich nun auch im nahen Westen organisieren will! Ideen springen auch über die höchsten Alpen-gipfel! Und hinter den roten Ideen stoßen rote Pöbelhaufen nach...

Capponi wird von Fiebern geschüttelt. Sein Stern — ist er schon im Erlöschen? Italien — wird es mitgeschleift in die Schlammputzen einer ranglosen Menschenherde, beherrscht von einer Handvoll Minderwertiger? Der verkappte Friedens-teufel in Paris stürzt heute nacht das bürgerliche Regiment in Frankreich... die Lawine muß über Europa weiterrollen...!

Der Duce stürzt wie verfolgt durch das Zimmer. Aber Italien lebt! Ungebrochen in seiner Kraft und seinem Abwehrwillen! Wo blieben sonst die Träume, die den Duce durch Tage und Nächte angefeuert haben? Der andere da drüben in Frankreich sollte der Stärkere sein? Capponi schlägt mit den Fäusten gegen die Wandkarte, dorthin, wo der schwarze Kreis das rote Zentrum bezeichnet: Paris. „Nein! Nein! Nein!“ stürzt es mit glühendem Atem aus seiner Kehle. Nein, Ahriman sollte nicht das Werk des Ormuzd zum Scheitern bringen! Ehe die eiternden Wunden im Osten

und Westen Europas weiterfraßen und die geschwächten Organismen der anderen Völker in den Fäulnisprozeß hineinzerren, mußte das italienische Schwert dazwischenschlagen und die Wunde ausbrennen! Mission Italiens! Sinn des Faschismus! Blutvolle Aufgabe eines Fünfzigmillionenvolkes! Mußte nicht auch Christus sein Blut herschenken? Waren nicht vor Jahrhunderten Gläubige zum Kreuzzug gegen Ungläubige ausgezogen? Jetzt war Italiens Stunde, den Kreuzzug zu eröffnen! Gegen Frankreich! Nein! — nur gegen das Böse, das sich dort zu verkörpern begann: Léon Brandt!

Der Duce ist nicht mehr Herr seiner selbst. Der Rausch ergreift ihn. Er fühlt sich Werkzeug einer höheren Instanz. Genialische Kraft verliert sich in mystische Bezirke. Klares Denken mischt sich mit der Inbrunst dunkler Triebe. Oder ist dieser Rausch nur Angst vor dem nackten Eingeständnis, daß auch die Großen der Erde jenem unheimlichen Rhythmus unterworfen sind, dessen Dynamik weise erkannt und ins Menschenblut aufgenommen sein muß, weil sie auch des stärksten Menschenwillens spottet?

Capponi bleibt plötzlich mitten im Saal stehen. Macht eine Handgebärde, als setze er sich zur Wehr gegen die andrängende Uebermacht einer irrationalen und unkontrollierbaren Beweisführung. Der Staatsmann gewinnt plötzlich wieder die Oberhand über den Mystiker und Romantiker. Kristallklar überblickt er die Lage: dort in Paris ein Kampftentzschlossener, dem Diktator Roms ebenbürtig und vollauf gewachsen. Sitzt dieser genialische Teufel erst fest im Sattel, beginnt er erst seine reale Macht zu organisieren, mit seinen magischen Kräften die übrigen Völkermassen zu hypnotisieren, dann muß für den Duce ein Kampf um Sein oder Vernichtung einsetzen! Denn Ruhe wird er nie geben, der Pariser Teufel, wenn er erst Europa seinen Willen aufgezwungen hat! Dann kommt Italien als seine Beute aufs Programm! Brandt wird nicht zurückweichen, bis der Sieg ihm gehört oder bis er vorher in seiner eigenen Glut verbrannt ist! Also kein Tag darf ihm gelassen werden, seinen Thron aufzurichten, seinen Willen in Macht umzusetzen! Morgen schon kann er zu stark sein! Also marschieren! In dieser Stunde noch zupacken! — lockt es in Capponis Brust, Frankreich

in Anarchie! — Wann kämo das Schicksal je wieder so Hebelnd entgegen!

Capponi — ist er ein Treibender oder ein Getriebener? Ein Gestaltender oder von seinem Fatum Gestalteter? Teilt sich in dieser Minute seinem Blut der Weltenthrhythmus mit oder stemmt er sich ihm entgegen, als er jetzt den Telefonhörer ans Ohr reißt und die Chefs des Generalstabes und Admiralstabes an seinen Arbeitstisch zitiert, um ihnen die letzten harten Befehle einzuhändigen?

Es ist genau Mitternacht. Wende vom alten zum neuen Tag. Vor dem Palazzo Venezia ballen sich die Hoerhaufen der Schwarzhemden. Zwischen den plötzlich aufgestoßenen Fensterflügeln erscheint jetzt der Cäsarenkopf des Duce. Orkane der Begeisterung umfluten ihn aus nächtlicher Tiefe herauf. Er hebt die Rechte zum Gruß. Die gehorsamen Trabanten erstarren in willenlosem Schmelzen.

„Italiener! Faschisten!“ tönt von oben die harte und doch bezaubernde Stimme des Duce. „Ich weiß, ihr wartet auf meinen Befehl. Jetzt ist die Stunde reif, euch diesen Befehl zuzurufen. Er ist geboren aus kalter Vernunft und glühender Loidenschaft. Ihr werdet nun gegen Frankreich marschieren...!“

Die Schwarzhemden rasen. Die Hand des Duce gebietet wieder Schwoigen. „Gegen einen Feind werdet ihr marschieren, der Italien in schimpflichster Weise beleidigt und bedroht! In Frankreich ist die bolschewistische Revolution ausgebrochen und im Begriff, den Sieg zu erringen! Léon Brandt, der Antipod des Faschismus, hetzt die Proletarierheere des ganzen Erdteils auf euch! Italien soll wie Frankreich zur Kloake werden. Faschisten, ihr werdet die asiatische Flut zerbrechen! Ich beantworte in fünf Minuten die Drohung des roten Usurpators Brandt mit der Kriegserklärung!...“

Taumel erfaßt die Schwarzhemden. „Evviva il Duce!“ „Euer Marsch nach Frankreich wird ein Triumphzug sein! Er trifft einen Feind, den die Anarchie bereits auf die Knie geworfen hat. Einen Feind, der das Gift schon in den Knochen hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Weh' dem, der eine Persönlichkeit ist!

Zum Fall Erkens in Hamburg.

K. D. Die weibliche Kriminalpolizei war der Stolz der Hamburger Regierung. Die aus dem Rheinlande herbeigeholte Regierungsrätin ERKENS, Mitglied der SPD, hatte mit einem Stabe weiblicher Kriminalbeamter diese Organisation geschaffen. Man wollte mit dieser Einrichtung vor allem die weiblichen Kriminellen, die sich in einem Welthafen, wie Hamburg es ist, vorwiegend aus Prostituierten rekrutieren, in menschenwürdigerer und psychologischerer Weise behandeln, als es durch männliche Beamte der Fall zu sein pflegt. Man war voll des Lobes, rühmte vor allem die Initiative, die Kraft und die Lebendigkeit, mit der die Regierungsrätin ihre Aufgabe in Angriff nahm.

Im Juli 1931 nahmen sich zwei der Frau ERKENS unterstellten Beamtinnen, DOPF und FISCHER, das Leben, weil sie, wie sie in ihren Abschiedsbriefen schrieben, unter Frau ERKENS nicht mehr arbeiten könnten. Es begann eine Zeitungshefte gegen Frau ERKENS. Sie habe es nicht verstanden, ihre Untergebenen richtig zu behandeln. Dann hörte man nichts mehr.

Im Februar 1932 wurde plötzlich bekannt, daß Frau ERKENS in den Hungerstreik getreten sei, um das Disziplinarverfahren, das sie gegen sich beantragt hatte, endlich zu erzwingen. Der von Nationalsozialisten mit Unterstützung der Kommunisten beantragte Ausschuß der Bürgerschaft zur Untersuchung der Vorgänge in der Polizei nahm den Fall ERKENS vor, und der Senat hob aus Angst vor einem Skandal das Verbot für die Polizeibeamten auf, in dem Ausschuß für den Fall ERKENS nur mit ausdrücklicher Erlaubnis auszusagen. Durch die Presse der Regierungsparteien ging die Nachricht, daß Frau ERKENS sich nicht zu beklagen habe, da sie, obgleich ein Disziplinarverfahren schwebt, das ihr nur ihr halbes Gehalt zubilligt, doch ihr volles Gehalt beziehe.

Frau ERKENS gab den Hungerstreik auf, sobald das Verfahren lief. Jetzt hemmt der Senat die Untersuchung von neuem durch folgendes Schreiben:

„In einem Schreiben an die Kanzlei der Bürgerschaft teilt der Senat dieser mit, daß er dem Ersuchen, Landgerichtsdirektor Dr. ROTHENBERGER und Justizobersekretär DITTMER als den Beauftragten des bürgerlichen Untersuchungsausschusses für die Polizeibehörde die disziplinargerichtlichen Voruntersuchungsakten und Beikanten vorzulegen, nicht zu entsprechen vermöge.“

Der Senat stützt sich dabei auf Artikel 26 Abs. 2 der hamburgischen Verfassung, wonach derartige Akten der Behörden den Untersuchungsausschüssen wohl auf Verlangen vorzulegen sind, aber nur, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Als solche Vorschriften kommen nach Ansicht des Senats im Falle ERKENS die Artikel 102 und 105 der Reichsverfassung sowie die in Hamburg gesetzlich festgelegte Nichtöffentlichkeit des disziplinargerichtlichen Verfahrens in Frage.

Nachdem der Senat diese für seine Entscheidung maßgeblichen Gesichtspunkte sehr ausführlich erörtert hat, erklärt er abschließend, daß er, solange das gerichtliche Disziplinarverfahren gegen Frau ERKENS schwebt, dem Ausschuß und seinen Beauftragten die Akten des Verfahrens nicht vorlegen kann, weil eben der Vorlage gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.“

Was ist eigentlich vorgegangen? Warum verschleppt man diesen Fall?

Am 2. März 1931 wurde Frau ERKENS ihres Amtes vorübergehend enthoben, weil sie eine Unterschrift verweigert hatte, verweigert wegen eines Formfehlers. Es war ein unbedeutender Kompetenzstreit, eine Sache, die durch eine Aussprache der Vorgesetzten mit den beteiligten Personen hätte aus der Welt geschaffen werden können. Wie wenig tragisch Frau ERKENS den Fall selber nahm, geht daraus hervor, daß sie ihren gerade fälligen Urlaub auf einer Seereise genoß und nach einigen Wochen unbelastet ihr Amt wieder antreten wollte. Man ließ sie aber nicht. Es waren nämlich Hintergründe vorhanden, und man suchte Vorwände, Frau ERKENS zu veranlassen, ihre Entlassung zu fordern.

Der Vorgesetzte der Frau ERKENS, ein Regierungsdirektor, konnte und wollte nicht länger mit dieser Frau arbeiten. Grund: Sie ist ein sehr unbequemer Mensch, der seine Pläne durchsetzen will und Kompromisse haßt. Man ordnete diesen Fall also nicht menschlich, sondern ließ die Sache schleppen und eröffnete zunächst ein Disziplinarverfahren. Frau ERKENS bekam einen Verweis, Frau DOPF ebenfalls, da sie nachweislich gegen die Regierungsrätin intrigiert hatte. Frau DOPF hatte inzwischen das Amt der Frau ERKENS versehen. Der Regierungsdirektor wünschte augenscheinlich diese bequemere Mitarbeiterin in dieser Stelle zu erhalten. Frau ERKENS kämpfte um ihre Stelle, da sachliche Gründe zu einer Entlassung nicht vorlagen. Sie hängt an ihrem Amt, das sie selber geschaffen hat. Die jüngeren Mitglieder der weiblichen Kriminalpolizei, die schwärmerisch an ihr hängen, traten für sie ein. Eine andere Gruppe in der weiblichen Polizei verfolgt sie mit wildem Haß. Diese Gegenpartei veranstaltete die kleinlichsten und gemeinsten persönlichen Hetzen. Man wühlte in ihrem Privatleben, beanstandete Cafébesuche, versuchte es, ihr sowohl Mannstolchheit wie auch gleichgeschlechtliche Liebesneigungen anzuhängen, kurz, arbeitete mit den niedrigsten Mitteln. Ohne Erfolg. Frau ERKENS verlor die Nerven nicht. Man fand nichts, wodurch man eine Entlassung sachlich rechtfertigen konnte, wie man bis heute nichts gefunden hat.

Am 2. Juli trat sie ihr Amt wieder an, begeistert begrüßt und mit Blumen überschüttet von ihren Anhängerinnen. Kennzeichnend ist, daß man es ihr sehr verdacht hat, daß sie an diesem Tage in einem weißen Kleide erschien!

Frau DOPF erlitt einen Zusammenbruch im Amt. Am nächsten Morgen hatten die Feinde der Frau ERKENS in deren Zimmer alle Vasen umgeworfen und einen Zustand geschaffen, als hätte eine Bombe stattgefunden. Das wurde auch behauptet und ist niemals in der Zeitung dementiert worden. Frau ERKENS nahm ihre Arbeit wieder auf. Frau DOPF und ihre Freundin, Frau FISCHER, erschienen nicht mehr im Amt und machten ihre oft ausgesprochene Drohung, Selbstmord zu begehen, wahr.

Es handelt sich bei ihnen zweifellos um hysterische Frauen, die als letzte Waffe, ihre Gegnerin zu erledigen, den eigenen Tod suchten. Tatsächlich hat man versucht, Frau ERKENS für diesen Tod verantwortlich zu machen, hat diese Anklage aber als haltlos wieder fallen lassen müssen.

Man versuchte von allen Seiten, Frau ERKENS auf den Weg des kleinsten Widerstandes zu drängen, nämlich den, ihr Amt niederzulegen. Sie tat dies nicht, weil sie ihre Arbeit für wichtig und sich für geeignet hält, sie durchzuführen. Sie will nicht unkontrollierbaren Leidenschaften und Intrigen weichen. Sie fühlt sich im Recht. Sie beantragte gegen sich das Disziplinarverfahren, das bis heute verschleppt ist, angeblich, weil man sich aus dem Wust „psychologischer Schwierigkeiten und tragischer Verwicklungen“ nicht durchfindet.

Der Kampf, der Frau ERKENS jetzt zum Hungerstreik führte, hat den Sinn, wenn die Sache nicht mehr zu retten ist, doch wenigstens an den Tag zu bringen, daß bestimmte Personen sie zu Fall brachten. Damit wird durch gerichtliches Verfahren die Arbeit einer Frau, die glaubt, daß ihr großes Unrecht geschieht, ins rechte Licht gerückt. Helfer in diesem Kampf ist bisher nur die Kommunistische Partei.

Mögen die persönlichen Verhältnisse in diesem Streitfall noch so undurchsichtig liegen; um so dringender ist das von Frau ERKENS beantragte Disziplinarverfahren, um so mehr, als es sich nicht um ihr persönliches Schicksal handelt, sondern um die von ihr verwaltete Arbeit, die weibliche Kriminalpolizei, die in ihrem Bestand bedroht ist. Stürzt diese Arbeit, so erleidet zugleich die Achtung und das Ansehen vor der Arbeit, die Frauen im öffentlichen Leben zu leisten haben, eine schwere Einbuße. Schon aus diesen Gründen handelt es sich im Fall ERKENS nicht um eine bloße Privatangelegenheit. —

Die Bauernrevolte in Schleswig.

„Der Führer“.

a Hadersleben, 23. März.

Am Dienstag sollte der Hof des Bauernführers in Nord-schleswig, NISSEN-Ellum, zwangsversteigert werden. Die Bauern, die zahlreich auf dem Pferdemarkt in Lugumkloster vertreten waren, wurden nachmittags durch ein Signal zusammengerufen und zogen in Stärke von 300 bis 400 Mann geschlossen nach Ellum, um die Zwangsversteigerung zu verhindern. Sie besetzten sämtliche Räume des Hauses und sperren die Eingänge, so daß der Richter und die Anwälte nicht ins Haus gelangen konnten. Da eine Zwangsversteigerung unter diesen Verhältnissen unmöglich war, setzte der Richter einen neuen Termin im Amtsgerichtsgebäude in Lugumkloster an. Die Bauern zogen darauf nach Lugumkloster, wo sie jedoch von einem starken Polizeiaufgebot am Betreten des Gebäudes verhindert wurden. Die Versteigerung konnte durchgeführt werden. Den Zuschlag erhielt die Darlehenskasse, die darauf NISSEN als Verwalter seines Hofes einsetzte.

Durch diese Mitteilungen werden die Beweggründe des „Rebellen“ NISSEN ins hellere Licht gerückt. Wir verstehen jetzt besser, weshalb NISSEN gestern in einer Bauernversammlung erklärt hat: Wer einen zwangsversteigerten Hof übernehme, werde in Zukunft vogelfrei sein, seine Sicherheit werde nicht gewährleistet. Wir verstehen auch, weshalb die nord-schleswigsche Bauernkundgebung ausgerechnet gestern stattfand: auf die Festsetzung des Termins ist wohl „der Bauernführer in Nord-schleswig“ nicht ohne Einfluß gewesen.

Die Darlehenskasse ist nun also vogelfrei. Ihr Glück, daß sie anscheinend gute Beziehungen zu dem Rebellen hat!

Wahlen in Anhalt.

o Dessau, 23. März.

Das anhaltische Staatsministerium hat den Termin für die anhaltischen Landtagswahlen endgültig auf den 24. April festgesetzt. Sie werden also am demselben Tage wie die Landtagswahlen in Preußen, Bayern und Württemberg stattfinden.

Sächsischer Volksentscheid.

o Dresden, 22. März.

Der Volksentscheid über das von der Bezirksleitung Sachsen der Kommunistischen Partei beantragte Volksbegehren auf Landtagsauflösung ist von der Regierung auf den 17. April festgesetzt worden.

Oldenburgischer Landtag.

o Oldenburg, 22. März.

Der Landtag wird am 30. März vormittags elf Uhr zur Entgegennahme einer Regierungserklärung über die Finanzlage des Staates und der Gemeinden zusammentreten.

Zum Krisen-Kongreß des ADGB

hat der ISK ein Sonderheft herausgegeben:

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.

39 Seiten. / Preis 20 Pfennig.

Wir bitten, sofort Bestellungen gelangen zu lassen an die

Internationale Verlags-Anstalt, G.m.b.H. / Berlin S14, Inselstr. 8a

Zeltlager am Edersee.

Ein Kinderbericht.

Wir hatten schon im Jahre vorher ein Zeltlager am Edersee gehabt. Wir wollten in unseren Sommerferien wieder eine schöne Wanderung machen. Sollten wir zum Meißner, zum Knüll oder zum Edersee? Alle wollten zum Edersee, weil wir da jeden Tag baden konnten.

Das Geld wollten wir Kinder selber zusammenkriegen. Etwas hatten wir noch in unserer Kinderkasse. Das Fehlende verdienten wir uns durch Bastellerweben, Postkarten zeichnen, Topflappen nähen, Kohlen tragen, Pilze verkaufen, Beeren sammeln u. s. w. Weil die Bahnfahrt teuer war, wollten wir die 60 km zu Fuß gehen.

Vor der Reise mußten wir größere Ferienarbeiten erledigen: den Blumengarten sauber machen, unsere Wäsche waschen und flicken, und fünf Komposthaufen umgraben. Beim Komposthaufenumgraben haben wir einen ganz reizenden jungen Hasen gefunden mit lockigem Fell. Wir haben ihm Kohl gegeben, aber er hatte Angst. Dann haben wir ihn mit seinem Kohl ins Gras gesetzt. Am Nachmittag hatte die Katze ihn gefressen.

Je schneller wir mit den Arbeiten fertig waren, um so länger konnten wir am Edersee bleiben. Wir machten also einen Sonntag zum Arbeitstag. Wir hatten geschätzt, wir können am Montag weg, aber wir konnten schon Sonnabend abmarschieren und vierzehn Tage fortbleiben.

Wie die Wanderung anfing, davon haben wir ein Lied gemacht nach der Melodie: „Der mächtigste König...“

„Frühmorgens um sechs, da fliegt auf die Tür, und aufstehen heißt es schon.
Wir purzeln die Treppe herunter mit Krach.
Die Duschke ermuntert uns bald,
Rucksäcke, Zelte und Decken heran!
In den Wagen die Sachen verstaute!
Wo bleibt nur die Julie mit ihrem Gepäck?“

Wir kommen ja heut' nicht mehr weg! Ach, du Schreck!
Da taucht sie endlich auf
und bindet den Rucksack herauf.

Jetzt los, zum Edersee!

Doch wo steckt nur das Essen? O weh!

Nochmal die Sachen abgepackt

und die Brote in den Wagen verstaute!

Kaum rasseln wir zum Tore hinaus,

da purzelt der erste heraus.

Hätte Wellig uns nicht ihre Hilfe gebracht,

wäre sicher uns alles zusammengekracht.

Um neun geht's endlich los!

Da ist der Jubel groß.

Nun, Walkmühle, ade!

Heute geht's zum Edersee.“

Wir brauchten zwei Tage, bis wir am Edersee waren. Als wir am Abend in Fritzlark ankamen, sagte ich: „Ich weiß ein Gut, wo wir bestimmt übernachten können.“ Julie sagte, ich solle mit noch einem hingehen und nachfragen. Sie wollte sich nicht darum kümmern; wir sollten das nur selber besorgen. Als wir hingingen, kam der Gutsbesitzer aus dem Stall. Sie hatten nämlich gerade ein Kälbchen gekriegt. Er sagte, daß wir bei ihm im Stroh sein könnten. Als wir tüchtig geschlafen und gegessen hatten, sind wir zuerst in fünf Viertelstunden acht Kilometer gegangen. Nachher ging es aber sehr langsam. Denn über Mittag wurde es sehr heiß. Bei Hemfurth fing endlich der Edersee an. Wir mußten unseren Wagen aber noch acht Kilometer weit, meist bergauf, schieben und wurden sehr müde.

Wir kriegen unsern alten, schönen Platz wieder, für drei Mark Miete. Er liegt hoch auf dem Berge bei Bringhausen, so daß wir die Schiffe auf dem See sehen konnten. Wir bauten unser Zelt auf, legten die Sachen rein und gingen gleich baden. Dann aßen wir und legten uns schlafen.

Heini war schon mal in Arabien. Er erzählte uns vor dem Einschlafen von seinen Erlebnissen. Tagsüber suchten wir

Pilze, holtten Heidelbeeren, Erdbeeren, Himbeeren, warfen „Plattfische“ am See oder spielten Indianer. Meist war es schlechtes Wetter. Wir warteten auf jeden Sonnenschein. Wenn welcher kam, rannten wir zum Baden. Jeden Tag wurde das Wasser kälter. Wir dichteten:

„Wenn's auch stürmt und regnet, geht's doch zum Edersee.
Denn dort schwimmt sich's schöner als in der Pfieff.
Auf fünfhundert Stöße hat's Anneliese gebracht.
Selbst Heine schwamm kühn ins Tiefe. Wer hätte das gedacht?
Eines schönen Tages, da staunte Julie sehr,
Denn am flachen Ufer hockte keiner mehr.
Der Edersee hat Großes an uns allen vollbracht:
Er hat aus Angsthasen mutige Schwimmer gemacht.“

Einmal haben wir uns alle, außer Hanni, an Grießpudding und Heidelbeersuppe so dick gegessen, daß wir nachher mit Kugelbäuchen in der Sonne lagen. Einmal hat Eya zehn Scheiben Brot hintereinander weg gegessen und Heini noch mehr.

Wir haben jeden Tag pro Mann etwa 53 Pf. für Essen verbraucht und haben üppiger gelebt als in der Mühle. Das kam nur von den Pilzen und Beeren.

Am Morgen, als wir wieder abmarschierten vom Edersee, fing das schöne Wetter an. Morgens um sieben badeten wir zum Abschied noch einmal im Nebel im Edersee.

„Heute geht's zum letzten Male schnell hinab zum Edersee.
Einmal wollen wir geschwind noch baden,
und dann heißt's für dieses Jahr Ade!
Grau im Nebel, ganz verschwommen
und verlockend liegt er dort,
und das Schwimmen geht so herrlich,
und wir mögen gar nicht fort.
Ach, mit Siebenaufschritten
zieh'n wir fort von jenem Ort.“

Heinz Zimmermann, Alex Leitner.

Viersener Bankprozeß. Bankdirektor zu Gefängnis verurteilt.

a Gladbach-Rheydt, 23. März.

Die Große Strafkammer beim Landgericht in Gladbach-Rheydt verkündete das Urteil im Viersener Bankprozeß. Angeklagt waren der Bankdirektor a. D. PETER GIESEN, der Kaufmann AUGUST BECKER und der Vertreter JULIUS KREMER, die zusammen den Vorstand der im Jahre 1929 zusammengebrochenen Viersener Bank e. G. m. b. H. gebildet hatten; außerdem die Kaufleute LUDWIG, FRITZ und OTTO KUHLMANN, die für ihre Möbelfabrik ungewöhnlich hohe Kredite von der Bank erhalten hatten.

Das Urteil lautete gegen Bankdirektor GIESEN wegen Untreue, wissenschaftlich falscher Darstellung des Vermögensstandes, Konkursvergehens in Tateinheit mit Vergehen gegen das Depotgesetz und wegen Betrugens auf eine Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe. Das Urteil gegen den Angeklagten FRITZ KUHLMANN lautete wegen Beihilfe zur Untreue, wegen Konkursvergehens und wegen Betrugens auf insgesamt zwei Jahre zwei Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Die beiden anderen Bankvorstände BECKER und KREMER wurden freigesprochen. Von den Brüdern KUHLMANN erhielt LUDWIG wegen Konkursvergehens eine Geldstrafe von 1000 Mark, während Otto freigesprochen wurde.

Hundertjährige.

Die Kraft der Frauen und des Landlebens.

Eine Zusammenstellung des preußischen Staatsministeriums liefert das Ergebnis, daß in den Jahren 1925 bis 1931 insgesamt 128 Personen innerhalb des Freistaates Preußen das 100. Lebensjahr vollendeten. Im Jahre 1925 wurde nämlich zum ersten Male der Brauch eingeführt, die Jubilare durch eine künstlerische wertvolle Tasse aus der Staatlichen Porzellanmanufaktur und bei Bedürftigkeit überdies durch ein Geldgeschenk auszuzeichnen. Seitdem wird in Preußen die Statistik der Hundertjährigen geführt.

An der Gesamtzahl ist das weibliche Geschlecht mit 86 Vertreterinnen doppelt so stark beteiligt als das männliche (42); das spricht für die vielfach behauptete höhere Lebenskraft der Frauen.

Die Staatssumme von 128 ergibt, an der Einwohnerzahl nach der Volkszählung 1925 (38 175 989) gemessen, für den siebenjährigen Zeitraum einen Durchschnitt von 3,4 Hundertjährigen auf eine Million Einwohner. Wenn man die Hundertjährigen nach dem Geburtsort auf die Provinzen verteilt, entfallen auf Ostpreußen 15,5, auf die früheren Provinzen Posen und Westpreußen sogar 18 Personen, die von einer Million Einwohnern das 100. Lebensjahr erreichten, während auf die Rheinprovinz nur 1,0 und die Stadt Berlin 0,3 kommen.

Nach dem Hauptberuf waren die 42 Männer überwiegend einst landwirtschaftliche Arbeiter oder Landwirte (23), einer war Förster und einer Schäfer. Eine weitere zahlenmäßige Erhärtung der lebensverlängernden Wirkung der Verbindung mit der Natur gibt eine Gliederung nach Stadt- und Landgebürtigkeit: von 122 Hundertjährigen mit preußischen Geburtsorten stammen 31 oder rund ¼ aus Städten und 91 oder rund ¾ vom Lande.

Von einer Seite der Erde zur anderen.

Neuer Erfolg der Telephonie.

a Norddeich, 23. März.

Zu einem schönen Erfolg führten Versuche der Hauptfunkstelle Norddeich auf dem Gebiete der drahtlosen Telephonie. Es gelang zunächst, eine Verbindung mit dem am westlichen Ausgang des englischen Kanals befindlichen Lloyd-Dampfer „Europa“ herzustellen. Dann verband man die „Europa“ über Norddeich mit Nauen. Von dort wurde die Verbindung erweitert nach Bangkok, so daß sich das Gespräch über den halben Erdball hinweg. An Bord der „Europa“ sprach ein Offizier mit einem Chinesen in Bangkok eine volle Stunde lang. Das teils englisch, teils deutsch geführte Gespräch war klar verständlich.

Manteltarif für Gemeindearbeiter und Straßenbahner.

h Berlin, 23. März.

Die Verhandlungen für die Erneuerung des Reichsmanteltarifs für die Gemeindearbeiter und Straßenbahner sind eingeleitet worden und werden in Berlin zentral geführt. Die Tarife laufen am 30. April ab.

Oberschlesischer Erzbergbau. 4 Prozent Lohnkürzung diktiert.

a Kattowitz, 23. März.

Die Löhne im ostoberschlesischen Erzbergbau sind erneut um 4 Prozent herabgesetzt worden. Der Schiedsspruch wurde in Abwesenheit der Vertreter der Gewerkschaften, die zum Zeichen des Protestes die Sitzung verlassen hatten, gefällt.

700 Arbeiter-Entlassungen.

Rgb. Nach einer Mitteilung des Einheitsverbandes der Eisenbahner hat die Reichsbahndirektion Essen 700 Arbeitern in ihrem Bezirk gekündigt. Von den zur Ortsgruppe Essen gehörenden 16 Bahnmeisterstellen scheidet am 1. April fast 140 Eisenbahnarbeiter aus. Die Gekündigten sind fast durchweg verheiratet und zum Teil seit 1922 bei der Reichsbahn beschäftigt. Seit 1930 haben diese Arbeiter Kurzarbeit gelistet; ihr Netto-Verdienst betrug in den letzten Monaten pro Woche 17 bis 20 Mark.

Der Tod im Bergwerk.

a Halle, 23. März.

Im Tagebau der Grube „Louise“ der „Eintracht“-Braunkohlenwerke in Bad Liebenwerda stürzte am Mittwoch eine Kohlenzug-Lokomotive infolge eines Dammrutsches in den stillgelegten Teil des Tagebaues. Der Lokomotivführer HAASE aus Wildgrube und der Heizer GOLDAMMER aus Dombord lagen unter der zertrümmerten Lokomotive im Grundwasser des Tagebaues. Nur mit Schweißapparaten konnten sie aus ihrer furchtbaren Lage befreit werden. Im Knappschachtslazarett Klettwitz sind beide ihren schweren Verletzungen und inneren Verletzungen erlegen.

Warum wurde bisher nicht mehr gesiedelt?

E. A. Am 2. Januar 1930 schloß ein arbeitsloser Industriearbeiter, der sich als Siedler eine neue Existenz in Thüringen schaffen wollte, mit einem Landwirt einen Kaufvertrag ab: 17,5 Morgen Land für 1800 Mark. Der Siedler wollte so bald wie möglich mit den Vorarbeiten beginnen. Der Kaufvertrag konnte jedoch erst Rechtskraft erhalten durch Genehmigung des Landrates. Der Landrat erhielt den Kaufvertrag am 4. Januar zugestellt. Die Genehmigung ließ auf sich warten.

In seinem Wohnort wurde der Siedler zunächst zum Polizeiamt bestellt, um auf seine Eignung als Siedler geprüft zu werden. Ferner wurde er über seine Vermögensverhältnisse befragt.

Es vergingen daraufhin vier Wochen. Der Siedler schrieb mehrmals an das Landratsamt, blieb aber ohne jeden Bescheid. Die Bestellzeit kam heran, es durfte keine Zeit mehr verloren gehen. Endlich erreichte der Siedler durch persönliche Vorstellung, daß ihm nach weiteren acht Tagen die Kaufgenehmigung gegen Zahlung von 15,60 Mark zugestellt wurde.

Nun mußte noch die Eintragung in das Grundbuch vorgenommen werden. Das Grundbuchamt verlangte dazu Unterlagen, so z. B. eine Quittung vom Finanzamt für die bezahlten Grunderwerbsteuern, ferner eine Verzicht-Erklärung von der Thüringer Landes-Siedlungsgesellschaft auf das Verkaufrecht. Diese Verzicht-Erklärung kostete 3 Mark. Das Finanzamt verlangte eine vorläufige Zahlung von 90 Mark. Die endgültige Abrechnung kam erst am 16. Juni in die

Hände des Siedlers. Am 13. Juni erfolgte die Eintragung in das Grundbuch. Sie kostete 88,60 Mark.

Durch ähnliche Schwierigkeiten werden viele vom Siedeln abgehalten. Das Siedeln ist schon an sich kein leichtes Unternehmen. Von den Behörden wird es heute nicht erleichtert. Darüber dürfen wir uns nichts vormachen. Aber dennoch: der betreffende Siedler hat heute seinen Hof, wo er selbständig wirtschaften kann. Er kann seine Familie durch eigene Arbeit unterhalten und braucht nicht seine Kraft und seine Energie beim Stempeln zu verlieren. Er ist kein Lohndrucker mehr.

Unruhen in Spanien.

p Madrid, 23. März.

Zum Protest gegen den Beschluß der Regierung, den Eisenbahnbau Zamora—Coruna, der Tausenden von Arbeitern Beschäftigung bot, einzustellen, ist in sämtlichen größeren Orten der Provinz Galicien der Generalstreik erklärt worden. Die Stimmung der Bevölkerung, die sich mit der Arbeiterschaft solidarisch zeigt, ist sehr erregt. Es kam bereits zu zahlreichen Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen dreizehn Personen schwer verwundet wurden. Mehrere Gemeinde- und Provinzialbehörden haben ihre Ämter niedergelegt.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 25. März.

Mühlacker:

16.30 BEETHOVEN-Konzert.

Mehrere Sender bringen die MATTHÄUS-Passion zu Gehör, und zwar:

19.20 Hamburg.

18.00 Leipzig und Wien.

18.30 Mühlacker.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wer und wie wird in den Sowjet gewählt?

Sonnabend, den 26. März.

Berlin:

18.40 KARL RENNER (Staatskanzler a. D.): Oesterreichs Wirtschaftsnot.

Königsberg:

18.50 Moderne Demokratien: Dr. POKRANDT: Frankreich.

Langenberg:

18.40: A. STOECKER: Die Leistungsänderung in der Krankenversicherung.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Auf dem Wege zur klassenlosen Gesellschaft.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

Str. und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: International. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7, Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

GÜTTINGEN

K. KÖRBER
Schuhwaren und Reparaturen
sehr preisw. / Sültebeckbreite 7

Anfertigung eleganter Damen-
garderobe und Reformkleidung
I. FÜRCHTENICHT
Nicolausberger Weg 67

J. SÜDER
Tischlerei
Möbel und Reparaturen
Weenderstraße 36

REPARATUREN
an Nähmaschinen, Haus- und
Küchengeräten aller Art.
G. FUNKE, Judenstraße 3, III

Installationsgeschäft u. Kupferschmiede
Neuanlagen u. Reparaturen
preiswert

B. STAHL / Angerstraße 9 / Ruf 2373

BLUMENHAUS
WILLI DEPPE
nur Rotestr. 12 / Fornruf 4419

Obst, Gemüse und Süßfrüchte
HUGO KRAUSE
Lango Geismarstraße 47

ZACHOW
Kurze Geismarstraße 1, I
Reformwaren
Flüssige Arzneikräuter

C. LOTZE / JOHANNISSTR. 2
Butter, Käse, Eier
Landbrot

Göttinger Reformhaus

Markt 8

FREUNDE UND LESER

der neuen Tageszeitung „Der Funke“. Wir bitten dringlich um tatkräftige und erfolgreiche Unterstützung. Werdet feste Bezieher und

GEBT und sammelt Beiträge zum Pressefonds, damit wir auf- und ausbauen können.

WERBT Abonnenten. Ein lester Abonnentenstamm ist das beste Fundament. Werbt deshalb fröhlich. (Einen neuen Abonnenten im Monat sollte jeder schaffen.)

BREMEN

Sporthaus RIETSCHEL

Bremen, Westerstraße 97/99.

Hermann Wetjen, Reformhaus

Bremen-Neustadt, Pappelstraße 82.

Sprechapparate

Koffer Schatullen Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfotenhauer

Weimar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebote!

ESSEN

Besucht

das neuzeit. Vegetarische Speisehaus
Hindenburgstraße 28 (gegenüber dem Schauspielhaus)

Essen ab 40 Pfennig

Getrocknete Bananen

sind nahrhaft und billig, als Brotbelag und zum Obst für jung und alt zu verwenden

Postpakchen
4 Pfd. brutto nur 3 Mark frei Haus nach allen Orten.

Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 17924 erbeten.

Frischkost Reformhaus
Magdeburger, O. v. Guerickestr. 101.

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einlieferungen unsere Inserenten!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt A. Janiszewski
Buchen- und Verlags-GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer FI Moritzplatz 5471

Siehe erschienen:

ZUR JUGENDWEIHE

Leinwandkassette Preis: 2,25 Mark

Diese geschmackvoll ausgestattete Kassette, die sich vor allem als Jugendweih-Geschenk sehr gut eignet, enthält folgende Schriften:

- Minna Specht: Vom Sinn der Jugendweih • Leonard Nelson
- Nicht bürgerliche, sondern proletarische Bildungssache • Minna
- Specht: HERMANN LIETZ Gedächtnisrede • Hallmuth
- Falkenfeld: Philosophen für und wider die Revolution

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a

„Zündstoff“!

Vor den Neuwahlen des Memeler Landtages.

Die Neuwahlen zum Memeler Landtag sind nach einer Verfügung des Gouverneurs auf den 4. Mai festgesetzt worden. Gemäß § 11 der Memelkonvention werden diese Wahlen nach dem in Litauen geltenden Wahlgesetz durchgeführt. Der litauische Sejm plant augenblicklich eine Wahlreform; in deutschen Kreisen fürchtet man, daß diese so eingerichtet und so frühzeitig verabschiedet wird, daß sie die Landtagswahlen im Interesse Litauens beeinflusst.

Die deutsche Regierung hat in Kowno, Rom, Paris und London, also bei der litauischen Regierung und den drei Signatarmächten, die ihren Protest gegen Litauen angemeldet haben, gegen die Auflösung des Landtages protestiert. Sie fordert die Signatarmächte auf, die Angelegenheit nun endlich vor den Haager Schiedsgerichtshof zu bringen und außerdem, was das Wichtigste sei, dafür zu sorgen, daß die litauische Regierung die Neuwahlen nicht durch irgendwelche Machenschaften — gemeint ist offenbar das geplante Wahlgesetz — verfälsche.

Von „Zündstoff“ spricht das „Berliner Tageblatt“, das sich in seinem Leitartikel vom Mittwoch abend mit diesen Tatsachen beschäftigt. Gewiß, solche Ereignisse sind Zündstoff; sie werden unweigerlich zur Explosion führen, wenn die Beurteilung, die das „Tageblatt“ ihnen durch seinen Leitartikelschreiber zuteil werden läßt, die herrschende wird. Die Frage des Rechts im Memeler Streit wird ohne Prüfung abgetan — die Tatsache, daß sich in Genf vier Juristen zehn Tage lang vergeblich den Kopf über die Rechtsfrage zerbrochen haben, wird nicht erwähnt — und Litauen restlos ins Unrecht gesetzt. Aber das ist im Grunde für diesen Aufsatz ein völlig unwesentlicher Zierrat; seine Ueberlegung bewegt sich in völlig andern Bahnen: Ueber SIMMATS: „Wahrscheinlich ist er sich wie ein kleiner Heros vorgekommen, weil er dazu ausersuchen war, die Kownoor Kraftgeste gegenüber vier Großmächten zu vollführen.“ War das SIMMATS Verbrechen, daß er „Großmächten gegenüberstand? Es scheint so: „Kowno hätte weit klüger getan, sich auf die Grenzen seiner Kraft zu besinnen, als sich in eine Situation hineinzureiten aus der es gewiß nicht auf schneeweißen Rossen herausreiten wird.“ „Mit einem Hin und Her nach dem Muster der Notenwechsel Genf-Tokio brauchen wir doch wohl nicht zu rechnen? Sollten die Herren in Kowno geneigt gewesen sein, aus diesem jüngsten diplomatischen Meisterstück die Hoffnung auf eine Wiederholung innerhalb des europäischen Bannkreises abzuleiten, so würde das nur dartun, wie sehr es ihnen an Blickweite mangelt, und in welcher betrüblicher Weise sie die Formate verschätzen.“

Völlig sicher scheint der Schreiber sich der Signatarmächte nicht zu sein. Seine Zusicherung, „daß die Großmächte sich nicht in dieser Weise auf der Nase spielen lassen“, klingt eher wie eine Beschwörung an diese Regierungen, es, wenn sie auch „lange gezögert haben“ nun endlich ernstzunehmen mit „der Wahrung gültiger Rechte“ — denn sie haben es ja nur mit einem „Liliputaner“ zu tun!

Die Signatarmächte haben in ihren Noten an die litauische Regierung angekündigt, sie würden den Memelkonflikt bei weiterer Zuspitzung vor den Haager Schiedsgerichtshof bringen. Die litauische Regierung hat dem zugestimmt — ob aus Schikane, um sich nicht zu fügen, oder in dem Bewußtsein, daß sie Rechte zu verteidigen hat, das ist zunächst nicht entscheidend. Der Streit bedarf einer rechtlichen Entscheidung, und die ist unabhängig davon, ob Litauen an Macht und Größe hinter den Signatarmächten zurücksteht, oder ob es wie Japan ihnen in diesem Punkt ebenbürtig ist. Ein Schiedsspruch, der unter dem Gesichtspunkt des Rechts gefällt wird, wird Litauen gewiß nicht für schuldig erklären, schon die Aneignung Memels seitens Litauen war ein Raubzug. Aber die rechtliche Prüfung und Regelung des Konflikts wird sabotiert, wenn die Abwägungen des Haager Schiedsgerichtshofs von vornherein in das Licht gerückt werden, als könne es sich für die europäischen Großmächte nur darum handeln, die Ohrfeigen, die sie von Japan eingesteckt haben, einem hinreichend machtlosen Staat weiterzugeben.

Robert Koch.

(1843—1910.)

Wir setzen im folgenden DE KRUIFS Schilderung der Kochschen Entdeckung fort. Die Schilderung entstammt dem Buche „Mikrobenjäger“ (Opell Füssli Verlag, Zürich und Leipzig). Auf die sich jedem Leser aufräugende Frage nach der Berechtigung des Tierversuchs gehen wir an dieser Stelle nicht ein.

Fortan ging Koch in die Berliner Krankenhäuser und bettete um Leichen von schwindsüchtigen Männern und Frauen. Die unheimlichen Reste von Opfern der Krankheit studierte er bei Tage in den schauerlichen Leichenkammern, abends in seinem Laboratorium, unter dem fröhlichen Quietschen todgeweihter Meerschweinchen. Er spritzte das kranke Gewebe der an ihren Tuberkeln dahingesiechten Menschen Hunderten von Tieren ein — meist Meerschweinchen und Kaninchen, aber auch drei Hunden, drei kratzenden Kätzchen, zehn flatternden Hühnern und zwölf Tauben. Er konnte sich mit diesem toten Massenmord gar nicht genug tun; was er erwischte, bekam den Tod eingespitzt: Haufen von Ratten, weißen Mäuschen und Feldmäusen, auch zwei herzige Murrentiere. Eine solche Metzerei war unter Mikrobenjägern noch nicht dagewesen.

„Ach, es geht manchmal hart auf die Nerven, was ich da tue“, gestand er selbst.

„Was ich noch zu tun habe, ist folgendes: Ich muß aus dem Körper meiner sterbenden Tiere frische Bazillen gewinnen und sie in unserer Rindfleischbouillon sich vermehren lassen; Reinkulturen muß ich haben, monatlang immer neue Kolonien züchten, die ich von jedem anderen Lebewesen fernhalten werde. Wenn ich diese Kulturen kräftigen, gesunden Tieren einspritze und sie wirklich die Tuberkulose bekommen, dann...“

Und ein Lächeln glitt über Kochs ernstes, furchenreiches Gesicht.

Koch erprobte nun mit schier unfassbarer Geduld alle nur erdenklichen Kombinationen, die sein erfindungsreicher

Der „Fall Herbers“.

Ein weißer Rabe unter den „höheren“ Lehrern.

E. L. Kassel, im März.

Kurz vor Ausbruch des Osterfriedens hatte die Kasseler Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft zu einer Versammlung aufgerufen. In der Schulrat MÜLLER (Dortmund) unter Berücksichtigung des „Falles HERBERS“ über das Thema „Wer sind die wahren Landesvertreter? Was ist national?“, sprach.

Der „Fall HERBERS“ erregt die Gemüter weit über die Grenzen Kassels hinaus. HERBERS, von Beruf Studienassessor, Mitglied der SAP, führendes Mitglied der Friedensgesellschaft, hatte vor Jahren im „Anderen Deutschland“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er über den Krieg und die Tätigkeit von Generalen und Diplomaten während des Krieges die Wahrheit gesagt hatte. HERBERS hatte ausgeführt, daß der Krieg Generalen und Diplomaten offenbar gut bekommen sei, da das Lebensalter der bekanntesten Vertreter dieser Berufsklassen im Durchschnitt ungewöhnlich hoch sei. Unter den zahlreichen Beispielen in- und ausländischer Persönlichkeiten, die HERBERS als Beleg für seine Behauptungen aufführte, befand sich auch HINDENBURG. Vor einigen Wochen druckte die SAZ mit Genehmigung von HERBERS den genannten Artikel ab. Schnell fand sich jemand, der den vorschriftsmäßigen Anstoß an dem Artikel nahm und eine „Affaire“ daraus zu machen verstand: die berüchtigte scharfmacherische „Berliner Börsenzeitung“, die Kasseler Post, das lokale HUGENBERG-Blatt, warfen sich hochherfreut auf diesen Brocken, der nun mit Tamtam, mit falschen Zitierungen hergerichtet, mit chauvinistischen Würzen versehen, dem nationalistischen Speißeublikum serviert wurde: seht, welche Verführer eure Jugend verderben! Der Erfolg: das Provinzial-Schulkollegium, unter tätiger Mitwirkung eines sozialdemokratischen Oberschulrates, unterwarf sich dieser „Stimme des Volkes“. Es entfernte HERBERS zunächst aus seiner Lehrerstelle. Dann folgte HERBERS Strafversetzung nach Frankfurt am Main, seine Suspensionierung von der Lehrtätigkeit und schließlich ein förmliches Disziplinarverfahren.

Was hier geschieht, ist die Vergewaltigung eines für seine Ueberzeugung Eintretenden Menschen.

HERBERS ist nach übereinstimmender Ansicht des Direktors seiner Schule, der sich warm und tapfer für ihn einsetzt, der Lehrerschaft, der Elternschaft und seiner Schüler ein Erzieher von hervorragenden Eigenschaften. Er erhält seit seiner „Affaire“ Sympathiekundgebungen von fremden Menschen und vor allem von ehemaligen Schülern, darunter von zahlreichen politischen Gegnern, auch von Nationalsozialisten. Wenn man HERBERS kennenlernt, so findet man einen Menschen, der mit Ernst unter Einsatz seiner Person für Wahrheit und Gerechtigkeit eintritt. Solche Gegner bringt eine muckerische, beschränkte Reaktion gar zu gern zu Fall.

Im Fall HERBERS soll ihr das nicht gelingen. Das Interesse der Öffentlichkeit ist geweckt, wie zwei stark besuchte Versammlungen der Friedensgesellschaft bewiesen. Die Versammlungen bewiesen ferner, wie gut bei verständigem Willen und vernünftiger Ueberlegung verschiedene proletarische Parteien an Einzelaufgaben zusammenarbeiten können. Hoffentlich gelingt es diesem gemeinsamen Kampf die zuständigen Behörden zur Wiedergutmachung dessen zu zwingen, was sie an HERBERS gesündigt haben.

Kirche und Krieg.

W. F. Weltkrieg droht! Außere Anlässe, wie der Mord in China und der Streit um die Reparationen, mahnen zur Besinnung. In dieser Stunde gilt es, alle Mitschuldigen klar zu erkennen und zu bekämpfen. Ich bringe im folgenden einige Zitate aus christlichen Blättern, die jedem nachdenkenden Menschen zeigen, daß auch die Kirche zu den Mitschuldigen gehört.

CURT SINZ endet einen Aufsatz über „Abrüstung und Sicherheit“ in der Zeitschrift „Gegenwarts-Fragen“, 3. Jahrgang, Nr. 2:

„Die Allgemeinheit bleibt in dieser Weltzeit dem Kriege unterworfen. Alle Friedensbemühungen sind lediglich ein

Kopf ihm eingab. Seine Rindsbouillon bereitete er nach einem Dutzend verschiedener Rezepte, um zu sehen, in welcher Brühe der Bazillus am besten gedeihe. Er machte seine Versuche in Zimmertemperatur, in der Temperatur des menschlichen Körpers und in Fiebertemperatur. Mit gewohnter Klugheit wählte er den Stoff dazu aus den kranken Lungen von Meerschweinchen; denn diese Lungen waren besonders ergiebig an Tuberkel-Bazillen und enthielten keine anderen Mikroben, so daß die zarten Tuberkelkeime nicht in Gefahr waren, von den anderen überwuchert zu werden. Diesen reinen Tuberkelstoff übertrug er dann unter Lebensgefahr in hunderte von Röhren und Flaschen.

Der Erfolg all dieser Mühen und Gefahren war — gleich Null.

Dieselben Mikroben, die im Körper kranker Tiere und Menschen so üppig wucherten wie Unkraut in den Tropen, diese unendlich feinen Tierchen, die in den Lungen unglücklicher Menschen sich millionenfach vermehrten, sie schienen ihres Verfolgers zu spotten: sie vermehrten alle seine herrlichen Suppen und Brühen, sie vermehrten sich nicht. Es ging nichts vor.

Warum dieser Mißerfolg? KOCH grübelte und grübelte, da kam ihm eines Tages der Gedanke: „Vielleicht sind diese Bazillen so vollkommene Schmarotzer, daß sie nur in lebendigen Lebewesen sich vermehren können. Ich muß ihnen also eine Nahrung bereiten, die dem lebenden tierischen Stoff möglichst ähnlich ist.“

So kam es, daß KOCH seine berühmte Erfindung machte: die Blutserum-Nahrung für besonders wählerische Mikroben. Er ging zu den Fleischhackern und verschaffte sich dort die strohfarbene klare Serumflüssigkeit vom geronnenen Blut frisch geschlachteter Rinder. Er tötete sorgfältig alle anderen, etwa durch Zufall eingedrungenen Mikroben durch Erhitzen der Flüssigkeit. Dann goß er das Serum in ein Dutzend enger Reagenzröhren und stellte diese auf eine schiefe Ebene, so daß eine lange, flache Oberfläche entstand, auf welche die tuberkulösen Gewebe gestrichen werden konnten. Dann erhitze er jede Röhre gerade genug, um das Serum in eine klare schöne Gallerte (jelly) mit schiefer Oberfläche gerinnen zu lassen.

Hinausschieben dessen, was eines Tages doch einmal mit fürchterlicher Gewißheit kommt: ein Krieg, in den die ganze Welt hineingerissen wird, wie die alten Seher der heiligen Schrift geweissagt haben.“

Das ist nichts anderes, sei es nun bewußt oder unbewußt, als Erziehung zur moralischen Verantwortungslosigkeit. Was soll man noch tun zur Verhinderung eines Krieges, wenn er ja „eines Tages doch einmal mit fürchterlicher Gewißheit kommt?“

Im „Neuwerk“, 13. Jahrgang, 5. Heft, deutet WILHELM THOMAS bereits darauf hin, daß die evangelische Kirche gegen einen neuen Krieg ihre Stimme nicht erheben wird. Er schreibt:

„Macht es aber das Wesen der Kirche aus, daß sie die Ohnmacht des Gesetzes und das schuldhaftige Versagen des Menschen im Werk einer Bestimmung zur Voraussetzung hat, so ist ihr das Wort zur moralischen Verhinderung des Krieges entzogen.“

Uneretzlicher Verlust Chinas.

Vernichtete Bücherschätze.

Es wird viel geredet über die Verluste durch den chinesisch-japanischen Krieg in der Mandschurei und in Schanghai: Man denkt dabei an die Zerstörung und Brandschatzung chinesischer Städte samt Häusern und Gebäuden, die sicherlich Milliarden von Unkosten verursachen wird. Man denkt noch an die Unkosten, die der Transport des japanischen Militärs von Japan nach China verursacht und die wirtschaftlichen Verluste durch den chinesischen Boykott gegen japanische Waren. Endlich denkt man an den täglichen Materialverbrauch an Kugeln und Munition auf beiden Seiten. Alle diese materiellen Verluste sind groß, aber sie sind ersetzbar.

Doch wer hat an die unersetzbaren Verluste der Chinesen gedacht: an die Vernichtung der Kulturgüter durch die absichtliche japanische Bombardierung? So viel mir bekannt ist, sind drei Universitäten vernichtet worden, darunter die Tung-Chi-Universität zu Wusung. Sie ist eine der größten Universitäten des Landes, mit den modernsten Einrichtungen versehen, die erst im vergangenen Jahrzehnt vollendet wurden. Es hat meine chinesischen Landsleute große Mühe und Sorge gekostet, dies zustande zu bringen, trotz der Not der Zeit. Nun ist das ganze Gebäude mit Inhalt und wertvollen Sammlungen in Trümmer verwandelt. Die jahrzehntelange mühsame Arbeit der deutschen und chinesischen Gelehrten ist auf einen Schlag vernichtet worden!

Der größte Verlag Chinas und Ostasiens, „China-Proß“, hatte seinen Sitz in Schapei und wurde mit dem gesamten Lager an Verlagswerken am ersten Tag des japanischen Vordringens zertrümmert, ehe die Stadt Schapei in Flammen aufging. Dieses Verlagswerk war der Ausgangspunkt der geistigen Reformbewegung des modernen Chinas. Hier sind fast alle Lehrbücher für die Erziehung, für Volks-, Mittel- und Hochschulen erschienen. Vor einem Jahr ist das Sammelwerk der chinesischen Klassiker vollendet worden, das auch die Werke von KONFUZIUS und seiner Schule enthält. Hierher kamen die Gelehrten und arbeiteten an der Herausgabe der Klassiker und der modernen Werke, sowie an der Uebersetzung westeuropäischer Schriften.

Neben dem Verlagsgebäude lag die Bibliothek, die größte Chinas, in der wertvolle Manuskripte, veröffentlichte und unveröffentlichte, sowie unzählige klassische und moderne chinesische und europäische Werke aufbewahrt wurden. Nun liegt alles unter den Trümmern der japanischen Bomben, ein Vernichtungswerk der westlichen Zivilisation! Vergebens haben Gelehrte die unermüdete Mühe und Geisteskraft aufgewandt. Was hier vernichtet wurde, läßt sich nie wieder ersetzen! Tschon-Yen.

Schwerer Wirbelsturm über den USA.

New York, 22. März.

Eine schwere Wirbelsturmkatastrophe ist über den Staat Alabama und weiter nach Norden liegende Gebiete hinweggebraust. Die Gesamtzahl der Toten beträgt nach den bisherigen Meldungen 184; die meisten sind Neger. Viele Tausende von Menschen sind durch Vernichtung ihrer Häuser obdachlos geworden.

Gerade war ein Meerschweinchen verendet, ganz durchsetzt mit Tuberkeln. KOCH schnitt einige heraus, nahm davon auf die Spitze eines Platindrahtes und strich mit diesem bazillengeladenen Stoff über die feuchte Oberfläche seiner Serumfläche in jeder Röhre. Dann nahm er seine Röhren und setzte sie in den Ofen, der genau die Körperwärme eines lebenden Meerschweinchen erzeugte.

Tag für Tag eilte er in aller Frühe zum Inkubationsofen, nahm die Röhren heraus, hielt sie dicht an die Gläser seiner Goldbrille und sah — nichts.

„Also wieder kein Erfolg“, murmelte er, es war jetzt schon der vierzehnte Tag nach dem Einlegen in den Ofen — „jeder andere Bazillus, den ich gezüchtet habe, vermehrt sich in ein paar Tagen zu großen Kolonien, aber bei diesem Teufelskerl geschieht nichts, gar nichts.“

Ein anderer an Kochs Stelle würde diese unfruchtbaren, immer wieder enttäuschenden Serum-Röhren hinausgeschmissen haben. Aber auf dieses Landarzt's Schulter kauerte ein Dämon und flüsterte ihm unaufhörlich ins Ohr: „Geduld, Meister, Geduld! Du weißt, daß die Tuberkelkeime manchenmal Monate, auch Jahre brauchen, bis sie einen Menschen töten. Vielleicht haben sie auch in diesen Röhren ein langsames Wachstum. Warte nur ab, warte zu, warte!“

Also schleuderte er die Serum-Röhren nicht weg, und als er am fünfzehnten Tage wiederkam, sah er die samtene Fläche der Serumgallerte mit glänzenden Pünktchen besät. Mit zitternder Hand langte er nach seiner Taschenlupe, klappte sie ans Auge und besah genau eine Röhre nach der anderen, bis diese glänzenden Pünktchen sich ihm als trockene Schüppchen darstellten...

Wie betäubt zog KOCH den Baumwollbausch aus einer seiner Röhren, mechanisch erhitze er ihre Öffnung an der sprühenden blauen Flamme seines Bunsenbrenners, fischte mit einem Platindraht nach einem der winzigen Flöckchen — das mußte ja doch endlich eine Mikrobenkolonie sein und — halb im Traume — brachte er sie unter das Mikroskop...

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiterpresse zur Krisenbekämpfung.

Wir hören gelegentlich die Behauptung: Wir Genossen vom ISK ständen mit unseren Ansichten über die Bekämpfung der Wirtschaftskrise innerhalb der Arbeiterschaft ziemlich allein da. — Diese Behauptung ist nur insofern richtig, als unseres Wissens niemand sonst aus der MARXschen Erkenntnis, daß der letzte Grund aller Krisen die Konsumtionsbeschränkung der Massen ist, konsequent Folgerungen gezogen und daraufhin systematisch ein Programm zur Bekämpfung der Krisen entwickelt hat. Das Haupthindernis dafür liegt in einer anderen Behauptung von MARX: die wirtschaftliche Entwicklung führe zu immer weitergehender Konzentration der Betriebe und schließlich zum Kollektivismus, zur Planwirtschaft.

Fast alle wirtschaftspolitischen Erörterungen in der deutschen Arbeiterschaft sind durchzogen von Hoffnungen auf die Durchführung planwirtschaftlicher Vorschläge; sie münden aus in die Forderung nach Monopol-Kontrolle, Banken-Kontrolle, Außenhandels-Kontrolle u. s. w. — Aber daneben finden sich fast alle die Forderungen, die wir erheben. Sie werden selten vollständig aufgezählt oder gar systematisch aneinandergereiht. Dazu fehlt ja auch infolge des Dogmas von der Planwirtschaft ein sicherer Leitfad.

Selbst die berufsmäßigen Redakteure und Sekretäre halten sich durchaus nicht immer an das abgegriffene Gelände kollektivistischer Forderungen; ja, sie entfernen sich sogar oft weit von ihm. Das sei hier an einigen Beispielen gezeigt.

Im „Aufwärts“, der Wochenzeitung der freien Gewerkschaften Berlins (Nr. 11, vom 17. März 1932), lesen wir in einer Auseinandersetzung mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD:

„Wenn man die Lage der Arbeiterklasse ernsthaft verbessern will, muß man die großen Kartelle zerschlagen, die Agrarpolitik, die die Lebenshaltung ungeheuer verteuert, radikal ändern durch Abbau der Zölle für landwirtschaftliche Waren; man muß die industrielle Produktion erleichtern durch den Abbau der Zölle für industrielle Rohstoffe.“

In der „Marxistischen Tribüne“ (Heft 6, vom 15. März 1932) heißt es in einem Aufsatz von GURLAND zum Krisenkongreß des ADGB:

„Die wirksamste Arbeitsbeschaffung im Kapitalismus ist Hebung der Massenkaufkraft. Eine Steigerung der Kaufkraft setzt zugleich die Kapitalisten unter Druck, zwingt sie, sich nach dem Markt zu richten, sich in ihrer Preispolitik der Aufnahmefähigkeit des Marktes anzupassen. Sie beschleunigt mit dem erzwungenen Preisabbau zugleich auch den Bankrott der nicht mehr lebensfähigen Unternehmungen und die Zusammenstreichung eines schon längst entwerteten Kapitals, das nun seiner Profitansprüche entkleidet wird; und hierin liegt wieder ein Hebel, der die abgestellte Automatik des

kapitalistischen Krisenmechanismus wieder in Bewegung setzt. . . . Hierher gehört der Kampf um den Abbau der Zölle, um eine rationelle Agrarpolitik . . .“

Im „Vorwärts“ Nr. 35, vom 20. März 1932, heißt es in einem Aufsatz zum Krisenkongreß der freien Gewerkschaften:

„In Deutschland verhindert die Hochhaltung der Monopolpreise eine Belebung des Baumarktes. Ebenso verhindert die Ausschöpfung der technischen Überlegenheit der auf inländische Grundstoffe gestellten verarbeitenden Industrien beim Export. . . . Da die erforderliche Verlustbereinigung der Vermögensabwertung besonders in der Kartell- und Monopolindustrie meist nicht durchgeführt wurde . . .“

Aehnlich heißt es in dem vom AFA-Bundesausschuß am 22. März einstimmig angenommenen „Material für ein Wirtschaftsprogramm der freien Gewerkschaften“:

„Der notwendige finanzielle Reinigungsprozeß muß zur Vermeidung weiterer Stilllegungen beschleunigt zu Ende geführt werden. Nofalls ist die Sanierung überschuldeter Unternehmen durch staatlichen Druck unter Anpassung an die veränderten Wertverhältnisse zu erzwingen.“

Dort heißt es ferner unter der Überschrift „Agrarpolitik“ unter Ziffer 1:

„Die Agrarpolitik, die bisher in einseitiger Weise der Besitzerhaltung und Konservierung veralteter Betriebsmethoden dienste, ist in den Dienst einer rationellen landwirtschaftlichen Veredlungswirtschaft durch Verbilligung der Rohstoffe zu stellen.“

Am weitesten vom kollektivistischen „Geländer“ entfernt sich der Kollege, der in der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ des ADGB (Nr. 4, vom 23. Januar 1932) einige neue Bücher über Kartellwesen bespricht. Er schreibt:

„Außerordentlich kompliziert ist die Frage eines angemessenen Preises, den das Kartell nehmen darf. WOLFFERS kommt zu dem Ergebnis, daß alle gesetzlichen Vorkehrungen gegen mißbräuchliche Preispolitik die Gefahr in sich tragen, daß sie entweder zur Willkür und damit zur Rechtsunsicherheit führen oder daß sie totor Buchstabe bleiben“. So wirft er die Frage auf, ob es nicht besser wäre, Monopolverhütung statt Monopolkontrolle zu treiben. Wir haben ja ausgehend von einer vielleicht falsch verstandenen Konzentrationstheorie von MARX bisher im großen und ganzen die Kartellbildung als einen Fortschritt begrüßt. Erst neuerdings sind auch in unseren Reihen dabei einige Zweifel laut geworden, so besonders in einem Aufsatz von ADOLF LÖWE „Der Sinn der Weltwirtschaftskrise“ in den Neuen Blättern für den Sozialismus (2. Jahrgang, Seite 49 ff.). Auch LEDERER hat in seinem Referat auf dem Gewerkschaftskongreß in Frankfurt in dieser Richtung bemerkenswerte Äußerungen getan. Wir werden unsere Auffassung hier sehr gründlich zu überprüfen haben . . .“

Das ist es in der Tat, was vor allem not tut: Eine gründliche und vorurteilslose Prüfung der überlieferten Auffassungen.

Hellmut Rauschenplat.

Zwei Banken-Generalversammlungen.

Am 23. März fanden die Generalversammlungen der Danat-Bank und der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft statt.

In der Generalversammlung der Danat-Bank hielt JACOB GOLDSCHMIDT dieser Bank die Leichenrede. Sie geht bekanntlich nach der Generalversammlung in die Dresdner Bank über. GOLDSCHMIDT sprach von der „schicksalhaften Verflechtung“ des Unglückstages vom 13. Juli „mit den ganzen Vorgängen unserer Zeit“. Wir ständen so sehr inmitten von Schuldenschicksal, triebhaftem und gewolltem, von zwangsläufigem Tun und freiem Handeln, daß wir die menschlich naheliegende Versuchung ablehnen sollten, gleichzeitig Objekt und Richter dieser Zeitvorgänge zu sein. — Herr GOLDSCHMIDT in diesem Fall als Richter wäre ja allerdings etwas merkwürdig!

Der Vertreter der Bankbeamten, MARX, betonte mit Nachdruck, der Zusammenbruch des 13. Juli hätte sich vermeiden lassen, wenn bei den Bankleitungen an Stelle von Konkurrenzgesichtspunkten Solidarität vorhanden gewesen wäre.

Kommerzienrat MANASSE: Der große Irrtum, man könne die deutsche Wirtschaft mit kurzfristigen Auslandsgeldern finanzieren, der zum Zusammenbruch geführt habe, ist allgemein gewesen. Heute kann man keine Schuldigen suchen, sondern höchstens Sündenböcke. (Die Schuld an der Wirtschaftskrise ist allerdings „allgemein“ bei all denen, die für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems eintreten; es ist gar nicht schwierig, diese Schuldigen zu finden, zumal wenn sie bei einer Generalversammlung haufenweise beisammensitzen!)

JACOB GOLDSCHMIDT in seinem Schlußwort: Die Schuldfrage sei auch innerhalb der Verwaltung geprüft worden; man habe dadurch aber nur eine Schwächung der Arbeitskraft (!) erreicht.

Auf der Generalversammlung der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft setzte Direktor WASSERMANN ausführlich auseinander, wie es möglich war, diese Bank als privates Unternehmen zu erhalten.

Eine sicherlich falsche Behauptung: Das aber ist im Gegensatz zu manchen Ansichten festzustellen, daß es nicht Not, sondern wohlverstandene Rücksicht auf das volkswirtschaftliche Interesse war, wenn die Banken bei dem panikartig einsetzenden allgemeinen Ruin es ablohten, durch unbeschränkte Auszahlung der Neigung zum Geldhorten Vorschub zu leisten.

Zwei richtige Behauptungen: Die große Masse der Bevölkerung hat das Vertrauen zur Wirtschaft und ihrer Führung verloren. In der augenblicklichen Periode ist sorgsame Personenauslese in der Wirtschaft oberstes Gebot, Personenauslese nicht nur nach Fähigkeit, sondern mindestens ebenso sehr nach Charakterstärke und Vertrauenswürdigkeit. —

Gehaltsabbau der Genossenschaften.

Im Geschäftsbericht 1931 der Bremer Ortsgruppe des ZdA ist folgendes zu lesen: „Der Tarifvertrag mit der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ ist erstmalig abgebaut im Frühjahr, und zwar um 6 Prozent. Eine abermalige Gehaltskürzung trat am 1. November 1931 ein um 10 Prozent. Bei Erscheinen

der Notverordnung lagen die Gehaltsätze bereits auf dem Stande vom 10. Januar 1927. Trotzdem sind die Gehälter ab 1. Januar 1932 um weitere 5 Prozent gekürzt.“

Wir sehen hier also das seltsame Schauspiel, daß in Eigenbetrieben der Arbeiterschaft der Gehaltsabbau über die Bestimmungen der reaktionären Dezember-Notverordnung hinausgeht. Ist das der Sinn der Konsumgenossenschaften, in dieser Richtung den Unternehmern voranzugehen? W. H.

Die Konzentration der amerikanischen Petroleumindustrie.

| Name | Kapital in Mill. Doll. | Hauptaktienbesitzer |
|--------------------------------------|------------------------|--|
| Standard Oil Co. (New Jersey) | 1771 | Rockefeller |
| Standard Oil Co. of New York | 961 | Rockefeller |
| Vacuum Oil Co. | | Barneson |
| Standard Oil Co. (Indiana) | 801 | Rockefeller |
| Standard Oil Co. of California | 610 | Rockefeller |
| The Texas Corporation | 582 | Transamerica Bank *) |
| Consolidated Oil Corporation | 533 | Sinclair |
| Royal Dutch Co. | 520 | Deterding, Königin Wilhelmina v. Holland |
| Gulf Oil Corporation of Pennsylvania | 489 | Mellon |
| Shell Union Oil Corporation | 472 | Deterding |
| Tide Water Oil Co. | 218 | Banken: First National, Bank of New York und Bancamerica-Blair |

*) Kein Aktienbesitzer dieser Gesellschaft darf mehr als 1 Prozent des Aktienkapitals besitzen.

Kautschuk.

Die Hochhaltung der Kautschukpreise durch Vereinbarungen der Produzenten hat den Kautschukmarkt völlig zerrüttet. Die Weltvorräte übersteigen die Jahresproduktion.

Die Folge: Eine Flut von Plänen zur Beschränkung der Produktion oder der Ausfuhr aus den Hauptproduktionsgebieten. Die britische und niederländische Regierung versuchten, im Einvernehmen mit Vertretern der Kautschukproduzenten aus den britischen und niederländischen Kolonien, einen Plan zur Produktionsbeschränkung zu vereinbaren. 140 Pläne lagen vor. 44 davon wurden eines eingehenden Studiums für wert gefunden. Kein Plan wurde angenommen.

Daraufhin ist der Kautschukpreis, der Anfang 1932 bereits nur ein Sechstel des Preises von 1926 betrug, abermals scharf zurückgegangen.

Zurück zum Naturaltausch!

Die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen über den Austausch von Ruhrkohle gegen brasilianischen Kaffee sind, wie wir hören, zum Abschluß gelangt. 75 000 Tonnen Ruhrkohle werden innerhalb eines größeren Zeitraums nach Brasilien gesandt, als Gegenwert kommt Kaffee nach Deutschland.

Ein Beispiel dafür, wie, nach Einstellung der Subventionen an die Großgrundbesitzer, Getreidelieferungen aus Uebersee durch Industrielieferungen aus Deutschland bezahlt werden können!

Bankerotte.

Borsig.

Der Vergleichsvorschlag, über den wir bereits berichtet haben, wird jetzt öffentlich vorgelegt. Die Gläubiger mit Forderungen unter 500 Mark werden vorweg entschädigt. Hierauf erhalten die Spargläubiger 20 Prozent ihrer Forderungen. Darauf erhalten die Spargläubiger wie die Lieferanten je 30 Prozent. Um die Spargläubiger darüber hinaus voll zu befriedigen, werden Grundstücke in Berlin-Tegel von Borsig zur Verfügung gestellt.

Dieser Vergleich ist nur dann durchführbar, wenn der Betrieb fortgeführt wird. Wenn die Firma in Konkurs geht, würden die Gläubiger, wie wohl mit Recht behauptet wird, nur 0 bis 5 Prozent ihrer Forderungen erhalten, da das gesamte Werk dann nur noch Schrottwert hat und außerdem an die Firma Schadenersatzansprüche wegen Nichterledigung von Aufträgen gestellt würden.

Zur Zeit werden 1050 Arbeiter beschäftigt. Die vorliegenden Aufträge bieten Arbeit für 6 bis 7 Monate. Im Falle des Vergleichs könnten etwa 500 Arbeiter neu eingestellt werden.

Junkers.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit, daß es zu einer gewissen Hilfestellung bereit gewesen sei. Die Verhandlungen mit einem privaten Geldgeber (das Reich wollte dabei offenbar eine Bürgschaft übernehmen) hätten sich jedoch zerschlagen.

Die Zahlungseinstellung bei JUNKERS hängt mit der bei BORSIG zum Teil zusammen. JUNKERS hatte an BORSIG für 700 bis 800 000 Mark Wechsel zur Bezahlung von Lieferungen gegeben, die nach Fälligkeit verlängert werden sollten. Infolge der Zahlungseinstellung von BORSIG war diese Verlängerung nicht möglich. Das trägt dazu bei, die Schwierigkeiten bei JUNKERS zu erhöhen.

Daß ein Betrieb, der mit Aufträgen aus dem Inland und Ausland stark versehen ist, zahlungsunfähig geworden ist, kommt wohl zum großen Teil daher, daß der planmachende Ingenieur bei JUNKERS keinen rechnenden Kaufmann neben sich hatte.

Michael-Konzern.

Die Industrie- und Privatbank AG in Berlin, die mit einer Million Mark Aktienkapital ausgestattete Hausbank des MICHAEL-Konzerns, hat am 23. März ihre Zahlungen eingestellt und das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt. Die Zahlungsschwierigkeiten der Bank sind anscheinend vor allem durch die ungünstige Entwicklung des Grundstücksmarktes verursacht (der MICHAEL-Konzern hat einen erheblichen Teil seines Vermögens in Grundstücken angelegt).

AEG über öffentliche Lasten.

In der Generalversammlung der AEG am 22. März machte die Direktion folgende Angaben über die Belastung des Unternehmens durch Steuern und soziale Abgaben.

In Prozenten des Aktienkapitals betrug die Belastung des Unternehmens:

| | |
|--|--------|
| im Durchschnitt von 5 Vorkriegsjahren | 3,4 % |
| im Durchschnitt von 7 Jahren nach der Stabilisierung | 11,1 % |
| im Geschäftsjahr 1930/31 | 11,4 % |

In den 7 Jahren nach der der Stabilisierung entfallen 5,8 Prozent der Belastung auf Steuern und 5,3 Prozent auf soziale Abgaben.

Wenn dieselben Summen auf den Umsatz des Unternehmens bezogen werden, ergibt sich: Die Belastung durch Steuern und soziale Abgaben betrug in Prozenten des Umsatzes:

| | |
|--|--------|
| im Durchschnitt von 5 Vorkriegsjahren | 1,26 % |
| im Durchschnitt von 7 Jahren nach der Stabilisierung | 4,43 % |
| im Geschäftsjahr 1930/31 | 6,1 % |

KANADA

Siedlung: Die kanadische Regierung und die beiden großen kanadischen Eisenbahngesellschaften siedeln Arbeitslose auf Farmen an. Kürzlich haben wieder Besprechungen zwischen dem Einwanderungsministerium und den Eisenbahngesellschaften stattgefunden, auf Grund deren die Ansiedlung von Arbeitslosen mit landwirtschaftlicher Erfahrung auf kanadischen Farmen auch im Jahre 1932 fortgesetzt werden soll. Dabei wird angegeben, daß in der Zeit vom 1. Oktober 1930 bis zum 31. Dezember 1931 6343 Familien und 12 990 alleinstehende Männer angesiedelt seien. Die Gesamtzahl der auf diese Weise angesiedelten Personen belaufe sich auf 44 000. Bei der Ansiedlung Arbeitsloser sollen in erster Linie kanadische Staatsangehörige berücksichtigt werden. Doch soll auch geeigneten in Kanada befindlichen Angehörigen anderer Nationen Gelegenheit zur Siedlung auf dem Lande gegeben werden.

DEUTSCHLAND

Reichsbahn: Die Einnahmen im Januar und Februar 1932 bleiben um 42 Prozent hinter denen in den gleichen Monaten 1929 zurück. Im Personenverkehr wurden 25 Prozent weniger eingenommen, im Güterverkehr 50 Prozent weniger.

Schifffahrt: Im Hamburger Hafen liegen 162 Seeschiffe mit 725 000 Bruttoregistertonnen auf; vor einem Monat waren es 148 Schiffe mit 650 000 Tonnen.

Zementabsatz: Im Februar 97 000 Tonnen gegenüber 104 000 Tonnen im Januar 1932 und 162 000 Tonnen im Februar 1930. Die Werke sind durchschnittlich noch nicht einmal zu 10 Prozent beschäftigt.

Rückständige Hypothekenzinsen: Aus dem Bericht der Bayerischen Handelsbank-Bodenkreditanstalt in München: Im Verhältnis zum Gesamtjahresanfall von Zins- und Tilgungszahlungen betragen die Rückstände am Jahresende bei Hypotheken auf:

| | |
|---------------------------------|------|
| landwirtschaftliche Grundstücke | 21 % |
| gewerbliche Grundstücke | 18 % |
| Althäuser | 12 % |
| Neubauten mit Großwohnungen | 6 % |
| Kleinwohnungsneubauten | 3 % |

Eine Rangordnung der Krisenfestigkeit!

Preußag: Die dem Preußischen Staat gehörende Preußische Bergwerks- und Hütten-AG (Kapital: 110 Millionen Mark) hat 1931 einen Verlust von 1,4 Millionen Mark gemacht (1930: einen Gewinn von 5,6 Millionen Mark).